

C Schwerpunktthema: Übergänge von der Schule in die Ausbildung

Vorbemerkungen

Übergänge von der Schule in die Ausbildung sind ein zentrales bildungspolitisches Thema. In hohem Maße werden daran Leistungsfähigkeit und Erfolg der dualen Berufsausbildung in Deutschland bemessen. In der Berufsbildungsforschung geht es darum, Bedarfe und Wünsche junger Menschen, ihre Bildungswege und Ausbildungschancen zu erfassen und auf dieser Grundlage systemische Schwachstellen am Übergang Schule – Beruf aufzuzeigen und Verbesserungsvorschläge zu formulieren.

Die Schwerpunkte und Zielrichtungen der Diagnosen und Diskussionen zum Thema „Übergänge“ haben sich im Verlauf der vergangenen Jahre verändert: Lange Zeit standen gleichermaßen die Übergänge an der ersten Schwelle, Schule – Ausbildung, und an der zweiten Schwelle, Ausbildung – Beruf, im Fokus von Problemanalysen. Aufgrund des Fachkräftedarfs und sinkender Arbeitslosenzahlen haben sich inzwischen die Einmündungschancen von der Ausbildung in die Berufstätigkeit verbessert. An der ersten Schwelle haben sich die Übergangsprozesse durch den Rückgang der Schulabgängerzahlen und den steigenden Bedarf an Fachkräftenachwuchs zwar ebenfalls verändert. Diese Entwicklungen führen jedoch interessanterweise nicht dazu, dass in der bildungspolitischen Diskussion für die erste Schwelle ebenfalls Entwarnung signalisiert würde. Vielmehr hat eine breite Diskussion über Reformen, Systematisierung und methodische Ausgestaltung des Übergangs Schule – Ausbildung eingesetzt, in der die Begriffe „**Übergangssystem**“ und „**Übergangsmanagement**“ für 2 unterschiedliche konzeptionelle Vorstellungen und Argumentationsstränge stehen. **E** Der eine zielt auf **spezielle Systemelemente für nicht ausbildungsreife respektive leistungsschwächere Jugendliche**, der andere auf ein **Regelangebot für alle Jugendlichen im Übergang**.

Anlass der Debatten sind die vielfältig differenzierten und ausgebauten Übergangsmaßnahmen, die der Entlastung des Ausbildungsstellenmarkts dienen und die für die vielen Jugendlichen, die ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, ausbildungsähnliche und in Ausbildung führende Alternativen bieten sollten. Mit der Vielzahl der Maßnahmen wuchs die Kritik an ihnen, und sie hält weiter an. Im Mittelpunkt steht insbesondere die mangelnde Effizienz all jener Maßnahmen, die nicht in eine reguläre Ausbildung, sondern lediglich in weitere schulische oder außerbetriebliche Ausbildung führen, in sogenannte Warteschleifen, sowie die Unübersichtlichkeit der Angebote im Übergangsbereich. Bessere Übersichtlichkeit – oder gar die Ordnung der Maßnahmen als „Übergangssystem“ – ist die Forderung in dem einen Argumentationsstrang der bildungspolitischen Diskussion, bessere Passgenauigkeit von Maßnahmen – oder gar die nachhaltige Etablierung eines Übergangsmangements auch zur Prävention von Benachteiligung – ist die Forderung in dem anderen Argumentationsstrang.

In den vergangenen Jahren ist der Zeitraum, der in den Blick genommen wird, zu einem **Übergangsbereich im weiteren Sinne E** ausgedehnt worden, indem Berufsorientierungsmaßnahmen mit einbezogen wurden. Sie gelten als ein Schlüssel zur Reduzierung der Zahl der Jugendlichen im Übergangssektor, weil sie Berufswahlkompetenzen verbessern und damit den direkten Übergang von der Schule in die Ausbildung unterstützen. Der **Übergangsbereich im engeren Sinne E**, der neuerdings im Rahmen der integrierten Ausbildungsberichterstattung betrachtet wird, bezieht demgegenüber zeitlich begrenzte Berufsorientierungsmaßnahmen und vollzeitschulische Maßnahmen ohne starke berufspraktische Komponente, die ergänzend zum Schulunterricht in allgemeinbildenden Schulen stattfinden, nicht mit ein. Vielmehr werden hier in den **Sektor „Integration in Berufsausbildung“** nur Maßnahmen und Bildungs-

gänge einbezogen, die der Vorbereitung oder Hinführung auf eine Berufsausbildung dienen. Diese Daten geben Hinweise darauf, welche Anforderungen sich aus den Bildungspräferenzen und Voraussetzungen der Teilnehmenden im Integrationssektor ableiten und welche Konzepte hier als Teil eines regulären Angebots „Übergangsmanagement“ verankert werden oder bleiben sollten.

E Übergänge von der Schule in die Ausbildung: Terminologie

Übergangsbereich im engeren Sinne

Dieser Bereich umfasst Maßnahmen und Bildungsgänge, die der Vorbereitung oder Hinführung auf eine Berufsausbildung dienen und die sich an Jugendliche wenden, die nicht unmittelbar in eine Ausbildung im dualen Berufsbildungssystem einmünden. Ausgenommen sind vollzeitschulische Maßnahmen ohne starke berufspraktische Komponenten (entspricht dem Sektor „Integration in Berufsausbildung“/„Übergangssektor“ in der integrierten Ausbildungsberichterstattung).

Übergangsbereich im weiteren Sinne

Zum Übergangsbereich im weiteren Sinne werden zusätzlich vollzeitschulische Maßnahmen ohne starke berufspraktische Komponenten und Berufsorientierungsmaßnahmen (z. B. Berufsorientierungsprogramm des BMBF, vertiefte Berufsorientierung, Berufseinstiegsbegleitung) gezählt.

Übergangssystem

Dieser Begriff ist umstritten, da es bisher kein konsistentes System des Übergangs gibt. Aktuell verfolgen jedoch eine Reihe von Initiativen in den Bundesländern das Ziel, ein solches Übergangssystem aufzubauen.

Übergangsmanagement

Aktive Gestaltung des Übergangsbereichs im engeren oder weiteren Sinne, in der Regel durch Akteurinnen und Akteure auf regionaler Ebene (= Regionales Übergangsmanagement).

Zum besseren Verständnis der Komplexität des Gegenstandes wird im Folgenden in **Kapitel C1** die Reformdiskussion der letzten 5 Jahre im Bereich Übergang Schule – Ausbildung referiert. In **Kapitel C2** werden Daten zur aktuellen Situation (insbesondere Teilnehmerzahlen) im Übergangsbereich im engeren

Sinne dargestellt, so wie sie die integrierte Ausbildungsberichterstattung liefert. Eine vertiefte Betrachtung der Teilnehmendenzahlen in den letzten Jahren im Übergangsbereich aus Sicht der integrierten Ausbildungsberichterstattung findet sich in **Kapitel A6**. Darüber hinaus werden in **Kapitel A7.1** aus Sicht der Benachteiligtenförderung auch vollzeitschulische Maßnahmen ohne starke berufspraktische Komponente mit betrachtet. In **Kapitel C3** wird der Versuch einer Prognose für die Weiterentwicklung des Übergangsbereichs in den nächsten Jahren unternommen. Anschließend erfolgt eine Darstellung derzeitiger Programme und Ansätze zur Gestaltung des Übergangsbereichs sowohl im engeren als auch im weiteren Sinne, die entweder vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) initiiert wurden oder an denen das BIBB beteiligt ist (vgl. **Kapitel C4**). Besonderer Wert wird dabei auf die in den letzten Jahren zunehmend in den Mittelpunkt rückenden Berufsorientierungsmaßnahmen gelegt. Zum Modellversuchsprogramm „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ finden sich zudem weitere Ausführungen in **Kapitel D2**. Eine Darstellung der Initiativen in den Bundesländern, die neuerdings wieder in Richtung eines konsistenten Übergangssystems tendieren (vgl. **Kapitel C5**), sowie ein kurzes Fazit (vgl. **Kapitel C6**) beschließen die Darstellung.

C1 Reformdiskussionen und Strukturreformen

Bereits 2007 hatte der Innovationskreis berufliche Bildung in seine „10 Leitlinien zur Modernisierung und Strukturverbesserung der beruflichen Bildung“ 3 Aspekte aufgenommen, die zum Übergang gehören: Die Verbesserung der Ausbildungsreife soll vor allem durch die Stärkung von Berufsorientierung, durch individuelle Betreuung und Begleitung von der Schule bis zum Übergang in Ausbildung und Beschäftigung sowie durch die Verknüpfung von Schulunterricht und Praxiserfahrung erreicht und unterstützt werden. Die Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte soll durch konzertierte Regionalinitiativen und -netzwerke und die Koordinierung der Instrumente zur Benachteiligtenförderung optimiert werden. Optimiert werden sollen auch Übergänge,

und zwar dadurch, dass Wege in betriebliche Ausbildung – speziell auch für Altbewerber/-innen – durch anschlussfähige und anrechenbare Qualifizierungsmaßnahmen gesichert werden, insbesondere durch Zulassung zur Externenprüfung, durch Ausbildungsbausteine sowie durch den Ausbau der Einstiegsqualifizierungen. Die Leitlinien beziehen sich also auf 3 Handlungsfeldern: die Schule, den Übergang zwischen Schulabschluss und Ausbildung und den Übergang von Maßnahmen in Ausbildung und Beruf. Zielgruppen sind Schüler/-innen mit schwächeren Schulleistungen, benachteiligte Jugendliche, darunter vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund, und Altbewerber/-innen.³⁰⁹

Ebenfalls im Jahr 2007 verabschiedete der Hauptausschuss des BIBB ein Positionspapier zur „Ausbildung für Altbewerber über Ausbildungsbausteine“ (vgl. Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung 2007) sowie die Empfehlung „Handlungsvorschläge für die berufliche Qualifizierung benachteiligter junger Menschen“ (vgl. Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung 2008). Beides wurde zielgruppenbezogen stark ausdifferenziert. Das Positionspapier zu den Ausbildungsbausteinen bezieht sich auf die Zielgruppe Altbewerber/-innen, wobei diese teilweise sehr heterogen gesehen wird. Es wird dafür plädiert, dass spezielle Maßnahmen für diese Zielgruppe zeitlich begrenzt sein sollen, nämlich bis zur Veränderung der demografischen Entwicklung und der Verringerung der Anzahl der Schulabsolventen/-absolventinnen. Die Empfehlung enthält eine weit gefasste Definition der jungen Menschen, die als benachteiligt gelten, und ebenso breit gefächerte Handlungsvorschläge, um deren individuellen Unterstützungsbedarfen gerecht werden zu können.

Hier schlagen sich die vielfältigen Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Benachteiligtenpädagogik und -förderung nieder, wie sie speziell durch das Good Practice Center zur Förderung von Benachteiligten in der Berufsbildung (GPC) des BIBB dokumentiert und verbreitet werden.³¹⁰ Dazu gehört die Hervorhebung des Lernorts Betrieb auch für Benachteiligte, Ange-

bote zur Begleitung beim Übergang in die Ausbildung, der stärkere Einsatz von Qualifizierungsbausteinen mit dem Ziel der Verbesserung von Chancen auf eine betriebliche Ausbildung sowie eine Verbesserung der Kooperation der Akteure vor Ort.

Die Diskussionen und Vorschläge zur besseren Gestaltung von Übergängen zwischen Schule und Ausbildung bezogen auch kommunale Ansätze und Verantwortungsstrukturen mit ein. Sie fanden Eingang in die „Weinheimer Erklärung“ von 2007, in der Expertinnen und Experten aus Kommunen, Betrieben, Stiftungen, Verbänden, Instituten und zivilgesellschaftlichen Projekten vorschlugen, wie öffentliche Verantwortung für Bildung, Ausbildung und Zukunftsperspektiven vor allem auch durch lokale Verantwortungsgemeinschaften und kommunale Koordinierung wahrgenommen werden sollte (Freudenbergstiftung 2007).

Die Kooperation der Akteure vor Ort zur Umsetzung effektiver Modelle von Übergangsmangement wurde auch aus Sicht des Bundes ein wichtiges Thema. Von 2008 bis 2010 wurden im Programm „Perspektive Berufsabschluss“ entsprechende Projekte gefördert. Dabei sollten vorhandene Förderangebote und Unterstützungsleistungen so aufeinander abgestimmt werden, dass Jugendlichen der Übergang von der Schule in eine Ausbildung erleichtert wird. Während die erste Förderrunde auf „eine effektivere zielgruppenbezogene Förderung Jugendlicher“ ausgerichtet war, zielt die zurzeit laufende zweite Förderrunde darauf ab, die gesammelten Erfahrungen dafür zu nutzen, „Kooperationsstrukturen und strukturelle Verantwortung so zu gestalten, dass die Instrumente der Förderung flexibler, bedarfs- und zielgruppenorientierter genutzt werden können“.³¹¹

2009 befasste sich eine „Vereinbarung der Partner des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland, der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der Integrationsbeauftragten mit der Kultusministerkonferenz“ mit den beiden Zielen „Ausbildungsreife sicherstellen – Berufsorientierung stärken“. Unter Einbeziehung der bisherigen Impul-

309 Vgl. http://www.bmbf.de/pub/leitlinien_innovationskreis.pdf.

310 Vgl. <http://www.good-practice.de/>.

311 Vgl. <http://www.perspektive-berufsabschluss.de/de/215.php>.

se und Konzepte wird dafür plädiert, aus einzelnen Projekten Regelangebote zu schaffen und bundesweit in der Praxis zu verankern. Zur Förderung Jugendlicher mit Lernproblemen sollen bundesweit bedarfsgerecht Praxisklassen angeboten werden. Berufsorientierung soll an allen Schulen eingeführt und, in Kombination damit, das Übergangsmanagement unter Nutzung positiver Erfahrungen aus einigen Ländern optimiert sowie die regionale Zusammenarbeit zwischen Schulen und Betrieben ausgebaut werden.³¹²

Im Jahr 2010 erschienen die „Eckpunkte der Initiative ‚Übergänge mit System‘“, die Erfahrungen und Vorschläge aus den zunächst 5 beteiligten Bundesländern umfassen, die sich in der Initiative der Bertelsmann Stiftung engagierten. Mit der Unterscheidung zwischen 2 „Strängen“ im Übergangsbereich soll ein transparentes System zwischen Schule und Arbeitswelt gefördert werden: Der Strang für nicht ausbildungsreife Jugendliche beinhaltet Angebote, mit denen die Ausbildungsreife und eine abschlussorientierte Berufsausbildung erreicht werden soll. Der Strang für ausbildungsreife Jugendliche ohne Ausbildungsplatz beinhaltet keine Übergangsmaßnahmen, sondern 3 Segmente: duale Ausbildung, Ausbildung durch Schulen und Ausbildung bei Bildungsträgern (Bertelsmann Stiftung 2010).

Angeht die Kritik, dass Übergangsmaßnahmen eher Umwege als Wege in eine Berufsausbildung seien, wozu auch die Vielzahl und Unübersichtlichkeit des Maßnahmenpektrums beitrage, wurde die Frage der Gestaltung des Übergangs nun auch stärker unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten diskutiert. Dazu war es erforderlich, einen systematischen Überblick über alle Maßnahmen und Angebote sowie deren Kosten zu gewinnen. Im Rahmen der Initiative „Übergänge mit System“ wurden entsprechende Studien über Ausgaben und Einsparmöglichkeiten auf Bundes- und Länderebene, bei der BA sowie bei weiteren Trägern (Unternehmen, Jugendhilfe, karitative Einrichtungen) erstellt (Werner/Neumann/Schmidt 2008). Ein Fazit der Studie lautete: „... von einem geschlossenen Konzept zwischen den 4 Zielberei-

chen der Integration Jugendlicher, namentlich der Berufsorientierung, der Berufsvorbereitung, der Förderung von Ausbildungsplätzen und der Integration an der zweiten Arbeitsmarktschwelle, (kann) in der deutschen Förderlandschaft derzeit nicht die Rede sein“ (ebda, S. 318).

Ein Zuviel an Maßnahmen und Kosten im Übergangsbereich wird in den letzten beiden Jahren in der bildungspolitischen Diskussion immer häufiger unter 2 Aspekten – der Entspannung der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt und der demografischen Entwicklung – thematisiert (vgl. Euler 2010). Das Hauptaugenmerk liegt darauf, dass bei weniger Jugendlichen die Zahl der unversorgten Ausbildungsplatzbewerber/-innen sinken werde und dass zugleich Betriebe dazu neigen werden, auch Jugendliche mit schwächeren Schulleistungen einzustellen. Aus dieser veränderten Konstellation ergibt sich aus Sicht der Bundesregierung die Notwendigkeit, „Programme und Förderinstrumente für junge Menschen zur Eingliederung in Ausbildung oder Arbeit besser aufeinander abzustimmen und – wo es sinnvoll und möglich ist – zu bündeln“ (Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP, Rz 2717 ff.). Mit dieser Aufgabe wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe beauftragt, die Ziele und Handlungsschwerpunkte am Übergang Schule – Beruf (neu) definieren will und – angesichts der veränderten Lage am Ausbildungsstellenmarkt – dafür plädiert, Programme für „marktbenachteiligte“ junge Menschen einzustellen.³¹³ Auch von der Ressort-AG werden Maßnahmen des Bundes und der Länder überprüft, um etwaige Überschneidungen zu erkennen.³¹⁴ Die Ressort-AG empfiehlt, eine Bund-Länder-AG einzurichten, in der Förderungen von Bund und Ländern im Übergangsbereich koordiniert und abgestimmt werden sollen.

Ganz im Sinne von koordinierten Maßnahmen hilft die im Jahr 2010 auf den Weg gebrachte BMBF-Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ Jugendlichen dabei, sich auf den Schulabschluss und ihren beruflichen

312 Vgl. http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_06_19-Ausbildungsreife-Berufsorientierung.pdf.

313 Vgl. http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Meldungen/bericht-zur-besseren-abstimmung-foerderprogramme.pdf?__blob=publicationFile.

314 Auch auf Länderebene werden entsprechende Systematiken entwickelt (vgl. z. B. Krüger-Charlé/Leisering/Rolff 2011).

Einstieg vorzubereiten und den Ausbildungsabschluss zu erreichen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) setzt hierbei auf die systemische, bundesweite Umsetzung bereits in der Praxis erprobter und erfolgreicher Instrumente und verzahnt diese miteinander. So soll in Kooperation mit den Ländern, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), der BA und dem BIBB ein neuer konzeptioneller Rahmen geschaffen werden, um die präventive Förderung junger Menschen auszuweiten und möglichst zu verstetigen.

Auch der Hauptausschuss des BIBB hatte sich in seiner Empfehlung „Leitlinien zur Verbesserung des Übergangs Schule – Beruf“ im Jahre 2011 erneut an der Diskussion beteiligt (Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung 2011). Er unterstreicht insbesondere den Vorrang regulärer betrieblicher Ausbildung. Die Empfehlung des Hauptausschusses hat keine zielgruppenbezogene Ausrichtung, sondern formuliert Leitlinien, an denen das „Übergangsmangement“ – im Sinne der Organisation des Übergangsbereichs – ausgerichtet sein soll: Es soll frühzeitig vorbereiten, individuell fördern, begleiten und beraten, Nähe zur Berufs- und Betriebspraxis haben, regional koordiniert und gesteuert werden, transparent und anschlussfähig sein und prozessbegleitend evaluiert werden. Hier wird das Thema Übergang nun zu einer Normalität im Feld der Bildungspolitik und verliert seinen bisherigen Status als Sonderthema für spezielle Zielgruppen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf.

Das Übergangsgeschehen ist komplex und vielschichtig. Eine Studie des BIBB zeigt, dass die Übergangsprozesse zwischen den beiden Extremen „Verbesserung von Ausbildungschancen“ und „Warteschleifen“ liegen können und deshalb eine differenzierte Bewertung erforderlich ist (Beicht 2009). So konnten beispielsweise Jugendliche, die in teilqualifizierende Berufsfachschulen einmündeten, zum großen Teil einen höherwertigen Schulabschluss erwerben und dadurch ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz verbessern. Teilnehmende an berufsvorbereitenden Maßnahmen (BVB/BVJ, BGJ) gelangten hingegen viel seltener zu einem höheren Schulabschluss, der Anteil, der in betriebliche Berufsausbildung einmündete, war geringer, und der Übergangsprozess dauerte

länger. Zahlreiche Jugendliche, die direkt nach der Schule eine Übergangsmaßnahme begonnen haben, nach dieser aber keine Ausbildung beginnen konnten, sondern erneut in eine Übergangsmaßnahme eingemündet sind, laufen Gefahr, auf Dauer ohne Ausbildung zu bleiben (ebda., S. 14, vgl. **Kapitel A9.3**). Auch unter dem Aspekt der Übergangschancen ist es notwendig, den Übergangsbereich differenziert zu betrachten.

C2 Daten und Fakten zum Übergangsbereich

Während bisher versucht wurde, die allgemeinen Diskussionslinien zum Übergangsbereich zu beschreiben, wird nun anhand der integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE) der Fokus auf die aktuellen Anfängerzahlen und die Angebotsstruktur im Übergangsbereich gelegt. Die iABE ist ein bundeseinheitliches Berichtssystem, mit dessen Hilfe Strukturen und Entwicklungen des beruflichen (Aus-)Bildungsgeschehens abgebildet und die (Aus-)Bildungswege der Jugendlichen genauer und differenzierter dargestellt werden (vgl. **Kapitel A6.1**).

Der Sektor „Integration in Berufsausbildung“ („Übergangsbereich“) umfasst 10 Bildungskonten mit Maßnahmen, welche die jungen Menschen auf eine anschließende Berufsausbildung vorbereiten oder hinführen sollen. Bildungsprogramme³¹⁵ mit ähnlichem berufspädagogischen Inhalt werden zu Konten zusammengefasst.

Im Jahr 2011 begannen rund 294.294 Personen eine Maßnahme im Übergangsbereich. Dies entspricht 14,3 % der Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen. Die Anfänger/-innen verteilen sich unterschiedlich stark auf die Konten → **Tabelle C2-1**. Den größten Anteil innerhalb des Sektors machen die „Berufsvorbereitenden Bildungsgänge der Bundesagentur für Arbeit“ mit 21,5 % aus. Den zweithöchsten Anfängeranteil stellt das Konto „Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln“ mit

315 Die Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen wurden bundesweit erfasst und in einer Datenbank zusammengeführt (vgl. Fest/Freitag/Fritzsche/Skripski 2009).

Tabelle C2-1: Anfänger/-innen im Sektor „Integration in Berufsausbildung“ 2011

Konten	Deutschland	Anteil in %
Integration in Berufsausbildung (Übergangsbereich)	294.294	100,0
darunter:		
Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvB) der BA	63.369	21,5
Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln	52.219	17,7
Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	44.051	15,0
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) incl. einjähriger (Berufs-)Einstiegsklassen ¹	38.968	13,2
Berufgrundbildungsjahr (BGJ), vollzeitschulisch	28.150	9,6
Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	25.076	8,5
Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag ²	16.251	5,5
Einstiegsqualifizierung (EQ) der BA	16.151	5,5
Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben ³	6.238	2,1
Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.821	1,3
Zum Vergleich: Ausbildungsgeschehen insgesamt	2.060.004	

¹ Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, soweit möglich (nicht in Rheinland Pfalz).

² Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, soweit möglich (nicht in Baden-Württemberg).

³ Ohne Maßnahmen der Arbeitsverwaltung, soweit möglich.

Quelle: Berechnung des Bundesinstituts für Berufsbildung auf Basis der Daten der statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie der Bundesagentur für Arbeit; Datenstand 07.03.2012

17,7 %. Die geringsten Anfängerzahlen verzeichnen die Konten „Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben“ (2,1 %) und „Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen“ (1,3 %).

Die Anfänger/-innen im Sektor Integration haben keine einheitliche Vorbildung → **Schaubild C2-1**. Den Großteil machen diejenigen ohne (21 %) und mit Hauptschulabschluss (52 %) aus. Weitere 25 % aller Anfänger/-innen verfügen über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss. Der Anteil derjenigen mit noch höherer Vorbildung ist mit 2 % verschwindend gering.

Die Aufteilung der Vorbildung nach Konten zeigt bei einer Selektion derjenigen mit Hauptschulabschluss bzw. ohne Hauptschulabschluss ebenfalls beträchtliche Unterschiede → **Schaubild C2-2**. Während das BVJ einen extrem hohen Anteil an Anfängern und Anfängerinnen ohne Hauptschulabschluss aufweist, beginnen im Konto „Bildungsgänge an Berufsfach-

Schaubild C2-1: Vorbildung der Anfänger/-innen im Sektor Integration 2010

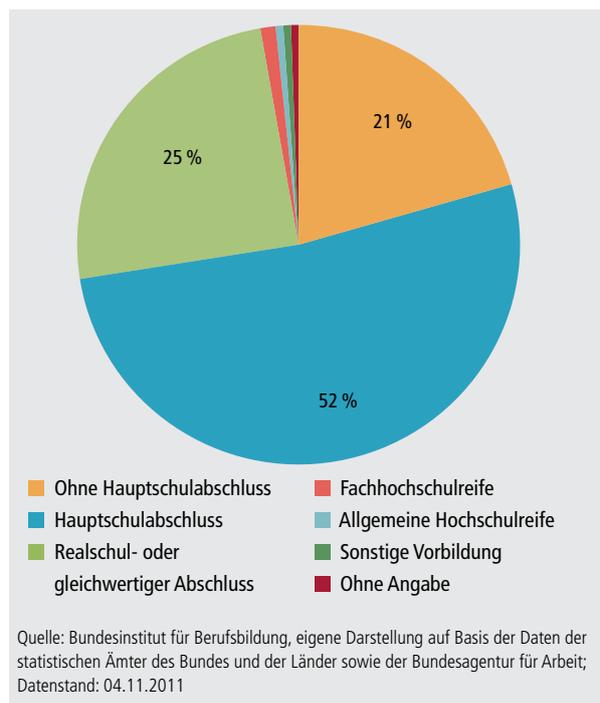
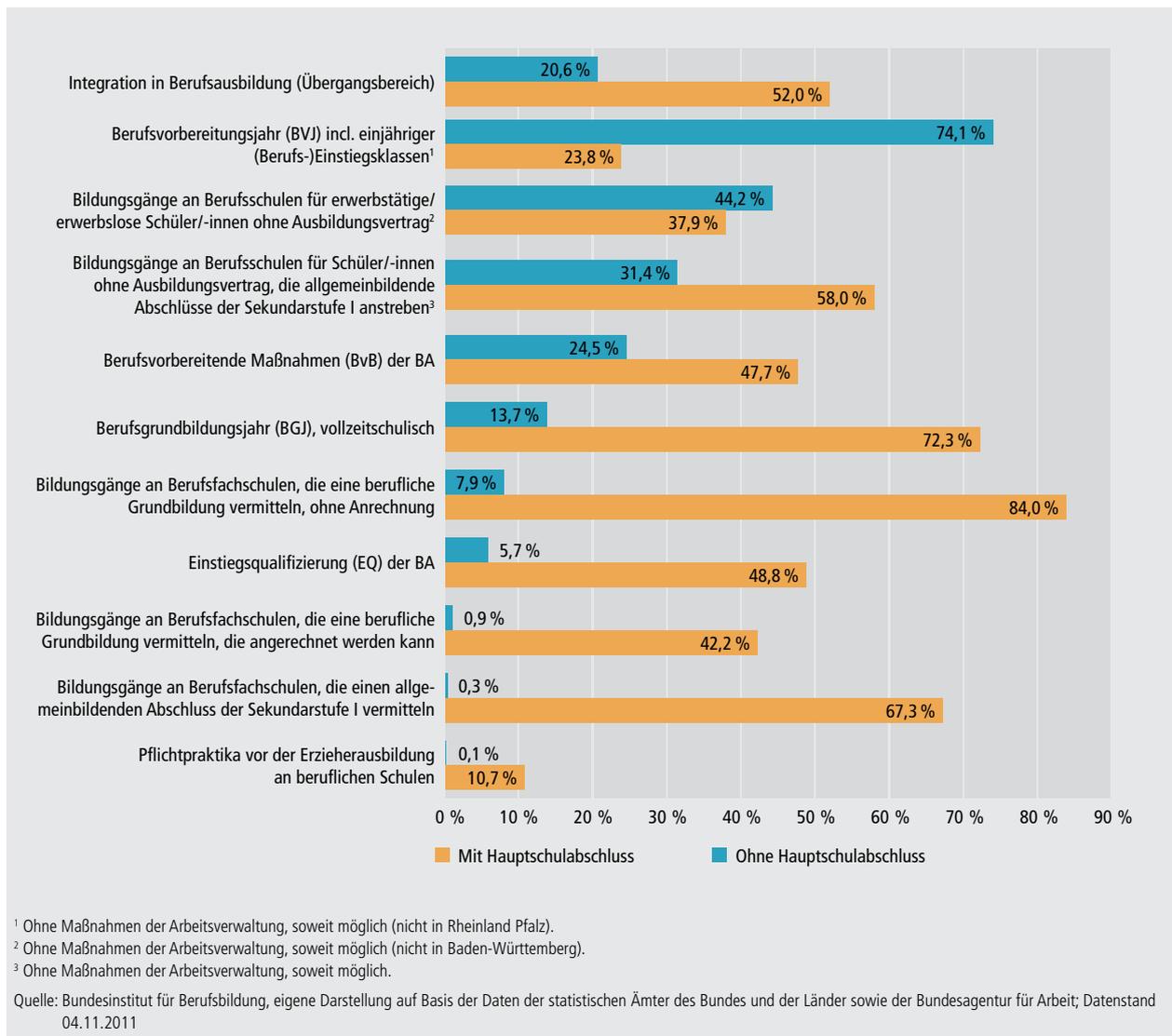


Schaubild C2-2: Anfänger/-innen im Sektor Integration 2010 mit und ohne Hauptschulabschluss



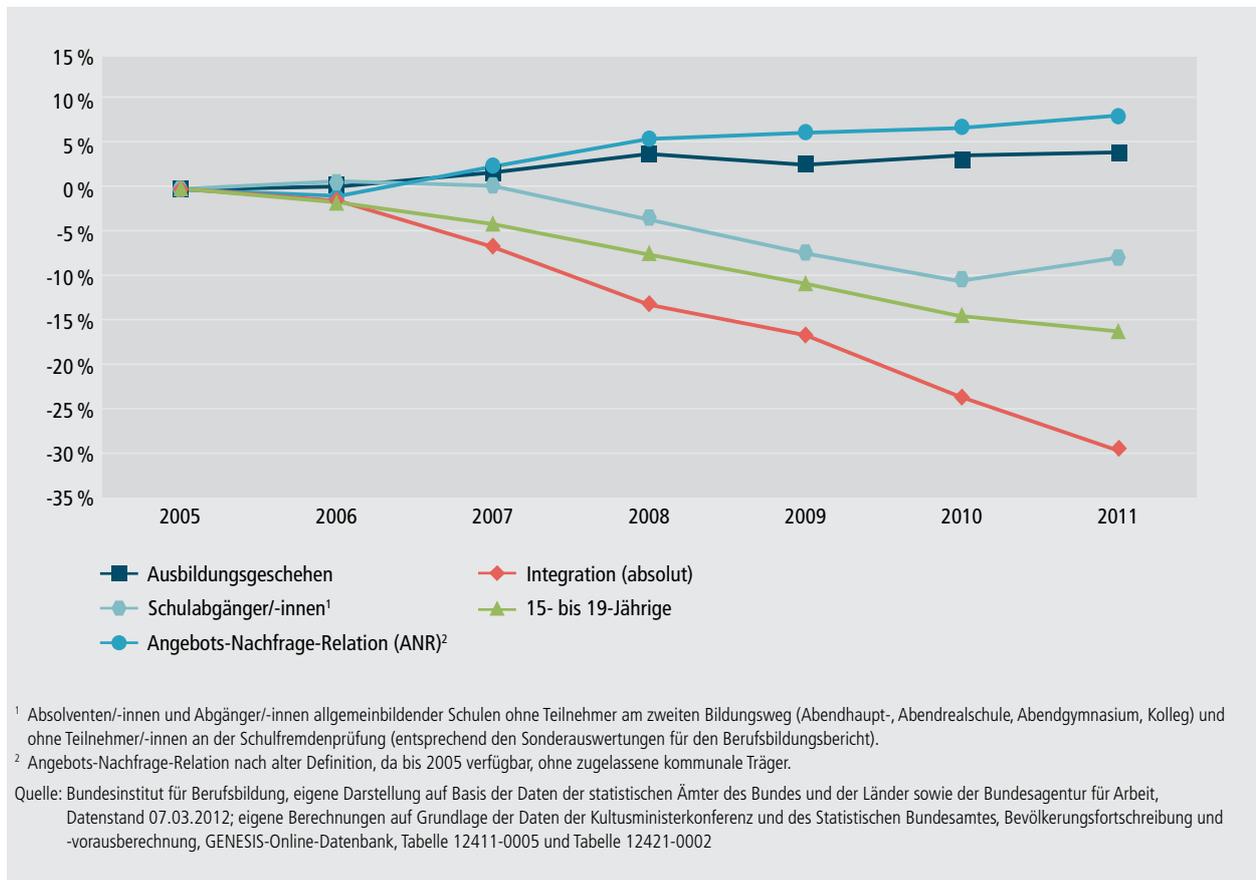
schulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann“ weniger als 1 % der jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss.

Der Blick auf die Entwicklung der Anfängerzahlen der letzten Jahre zeigt, dass der Integrationssektor seit 2005 kontinuierlich zurückgeht, und zwar sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zu den anderen Sektoren im Ausbildungsgeschehen → **Schaubild C2-3**. Der Verlauf der dargestellten Faktoren zeigt einen Gleichklang zwischen Integrationssektor, Altersgruppe und Schulabgängern.

Mit der Angebots-Nachfrage-Relation wird die klassische Marktbetrachtung für den Ausbildungsstellenmarkt mit hinzugenommen, die einen entgegengesetzten Verlauf hat. Damit wird deutlich, dass die Entwicklung im Integrationssektor weniger mit mangelnder „Ausbildungsreife“ zu tun hat als vielmehr mit klassischen Marktgesetzen (Ausbildungsplatzangebot vs. -nachfrage).

Im Verhältnis zum gesamten Ausbildungsgeschehen ist die Zahl der Anfänger/-innen im Integrationssektor im Zeitraum von 2005 bis 2011 um rund 30 %

Schaubild C2-3: Entwicklung des Sektors Integration im Vergleich



zurückgegangen. Parallel dazu hat sich die Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen um 16,1 % verringert, und die Zahl der Schulabgänger/-innen ging um 7,8 % zurück (vgl. Kapitel A2).

Dabei ist jedoch bemerkenswert, dass die Zahl der Anfänger/-innen im Ausbildungsgeschehen im selben Zeitraum angestiegen ist.³¹⁶ Der Rückgang der „potenziellen Einmünder“ ist also nicht mit der Entwicklung der „tatsächlichen Einmünder“ gleichzusetzen. Trotz des Anstiegs der Anfängerzahlen sind keine Verschiebungen in Richtung des Integrationssektors zu erkennen – im Gegenteil: Der Anteil

des Integrationssektors am Ausbildungsgeschehen ist deutlich gesunken.³¹⁷

Es bleibt festzuhalten: Der Übergangssektor geht seit 2005 kontinuierlich zurück. Die Anteile der dazugehörigen Bildungskonten bleiben im gleichen Zeitraum jedoch weitgehend stabil. Das deutet darauf hin, dass die Verteilung der Anfängerzahlen im Übergangssektor Mechanismen folgt, die nicht durch Schwankungen der Gesamtzahl beeinflusst werden. Vielmehr erfolgt das Zurückfahren von Länderprogrammen und Programmen der BA über alle Konten gleichmäßig verteilt.

316 Dies ist vermutlich zu einem großen Teil auf die Einführung von G8 zurückzuführen, da die Umstellung eine Erhöhung der Einmünderzahlen in den Sektor „Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)“ zur Folge hat (sowohl bei den allgemeinbildenden als auch bei den beruflichen Schulen).

317 Der Anteil der Anfänger/-innen in den Sektoren „Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung (HZB)“ und „Studium“ hat sich hingegen deutlich erhöht. Auch die Anfängerzahlen im Sektor „Berufsausbildung“ haben sich leicht erhöht (vgl. Kapitel A6.2).

C3 Prognosen zur weiteren Entwicklung des Übergangsbereichs

Die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) kann für die Vergangenheit die Entwicklungen im Übergangsbereich nachzeichnen. Doch wie werden die Anfängerzahlen sich in diesem Bereich weiterentwickeln? Ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung mit einem weiteren Rückgang oder gar einem vollständigen Verschwinden dieses Sektors zu rechnen? Lassen sich hierfür überhaupt halbwegs belastbare Zahlen liefern?

Eine erste Abschätzung der künftigen Entwicklung der Gesamtzahl der Schüler/-innen im „Übergangssystem“ in Anlehnung an die Definitionen der iABE wurde 2010 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder (2010, S. 22 ff. und 63 f.) vorgenommen. Die Vorausberechnung erfolgte, indem zunächst unter Zugrundelegung der Ist-Daten des Jahres 2008 feste Zugangs- und Übergangsquoten ermittelt wurden, bei denen z. B. die Anfänger/-innen der beruflichen Bildungsgänge „auf Basis ihrer schulischen Vorbildung zu der Zahl der aktuellen Absolventen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen nach Art des Abschlusses in Beziehung gesetzt“ wurden (ebd., S. 22). Anschließend wurden diese Quoten auf die vorausberechneten Schulabsolvierendenzahlen nachfolgender Jahre projiziert. Unterstellt wurde also ein konstantes Übergangsverhalten der Schulabgänger/-innen und ein konstantes Verhältnis zwischen den verschiedenen Sektoren beruflicher Bildung (vgl. auch Maier/Troltsch/Walden 2011, S. 6). Demnach reduziert sich der Bestand von 354.400 Schülern und Schülerinnen im Übergangsbereich im Jahr 2008 auf 251.800 im Jahr 2020 und weiter bis auf 238.300 im Jahr 2025.

Eine solche Berechnung spiegelt im Wesentlichen die demografischen Effekte in Kombination mit dem Trend zum Erwerb höherer Schulabschlüsse wider. Im Nationalen Bildungsbericht 2010 wurde der Versuch unternommen, zugleich den Arbeitskräftebedarf in die Projektion mit einfließen zu lassen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 176 f.). Da dabei von einem weitgehend unveränderten Beschäftigungsbedarf im mittleren Qualifikationsbereich bis 2025 ausgegangen wird, wurde das bis 2025 jährlich

zu erwartende Ausbildungsplatzangebot im dualen System auf rd. 621.000 fixiert (als Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009). Unter dieser Annahme wurde errechnet, dass sich die Neuzugänge in das duale System und das Schulberufssystem lediglich um 4 bis 5 Prozentpunkte verringern werden, während der Anfängerbestand im „Übergangssystem“ bis 2025 auf nur noch 8,1 % des 2008er-Wertes absinken wird (ebd., S. 177). Demnach ließen sich also die drohenden Verluste an Ausbildungsanfängern im dualen System zumindest bis 2025 durch einen nahezu vollständigen Abbau der Schülerzahlen im Übergangsbereich begrenzen. Allerdings ist dies eine Modellannahme, die ohne praktische Konsequenz bleiben dürfte.

Die Projektion des Nationalen Bildungsberichts 2010 unterstreicht die indirekte Abhängigkeit des Übergangsbereichs vom Beschäftigungsbedarf. Allerdings zeigt die bisherige Entwicklung (2008 bis 2010), dass der Abbau der Anfängerzahlen im „Übergangssystem“ überschätzt wurde. So reduzierte sich der Umfang nicht, wie im Modell indiziert, von 2008 bis 2010 bereits um mehr als ein Drittel (ebd., S. 177), sondern „lediglich“ um 11,8 % (vgl. Kapitel C2). Dabei spielte zum einen eine Rolle, dass das Ausbildungsplatzangebot zuletzt (2010) nur 580.000 und nicht 621.000 Plätze umfasste (vgl. Kapitel A1.1). Und zum anderen ist der eigenständige, von der Wirtschafts- und Beschäftigungskonjunktur *unabhängige* Anteil in der Existenzlogik des Übergangsbereichs womöglich doch größer, als unterstellt wurde. Solche „eigenständigen“ Anteile resultieren u. a. aus dem Erfordernis, offensichtlich nicht immer zu vermeidende Qualifikationsdefizite allgemeinbildender Schulabgänger/-innen vor Eintritt in die vollqualifizierende Berufsausbildung abzubauen (Baethge 2011, S. 107), aber auch aus den Interessen von Schulabsolvierenden, vor Berufsausbildungsbeginn einen höheren (mittleren) Schulabschluss im Übergangsbereich zu erwerben (Beicht 2009). Darüber hinaus sind die organisationalen Interessen der Bildungsanbieter im Übergangsbereich in Rechnung zu stellen, deren Einrichtungen „aufgrund sinkender Auslastung zur Disposition stehen“ (Schmidt/Walter 2011, S. 6) und die mit attraktiven und konkurrenzfähigen Angeboten an die Jugendlichen ihre eigenen Tätigkeitsfelder sichern möchten (vgl. dazu auch Zöllner 2011).

Von einer dauerhaften Existenzberechtigung des Übergangsbereichs gehen viele Berufsbildungsfachleute aus. Dies zeigt die Ende 2010 durchgeführte Befragung von 482 Berufsbildungsexperten und -expertinnen im Rahmen des Expertenmonitors Berufliche Bildung → **Tabelle C3-1**. So mahnten zwar viele Fachleute Reformen im „Übergangssystem“ an. Die Ressourcen müssten effektiver eingesetzt, die Zahl der Maßnahmen auf wenige Grundtypen reduziert, Praxisphasen stärker implementiert und der Erwerb höherer Schulabschlüsse grundsätzlich ermöglicht werden. Doch waren 81 % der Überzeugung, dass der Übergangsbereich nichtsdestotrotz auch in Zukunft unverzichtbar sei. Nur 12 % glaubten, im Zuge des demografisch bedingten Einbruchs der Schulabgängerzahlen (und der besseren Marktposition der Bewerber) werde das „Übergangssystem“ überflüssig. Ähnlich wie die Berufsfachleute reagierten Schüler/-innen im Berufsbildungssystem, die zu Vergleichszwecken ebenfalls befragt wurden. 75 % erachteten das „Übergangssystem“ auch für die kommenden Jahre als unverzichtbar (Autorengruppe BIBB/Bertelsmann Stiftung 2011, S. 18 f.).

Dass die Existenz des Übergangsbereichs zwar auch von der Höhe des Angebots an vollqualifizierenden Berufsausbildungsplätzen abhängig sein dürfte, aber gleichwohl nicht allein davon bestimmt wird (vgl. dazu auch Baethge 2011, S. 109), ist eine Schlussfolgerung, die Zeitreihenanalysen stützen. Untersuchungen der Entwicklungen in den Jahren 1992 bis 2011 zeigen zweierlei:

- Von grundsätzlicher Bedeutung für die Anfängerzahl im Übergangsbereich **E** ist die Zahl der nicht studienberechtigten Abgänger/-innen und Absolventen/Absolventinnen aus allgemeinbildenden Schulen. Denn je mehr Schulabgänger/-innen es gibt, desto höhere Anfängerbestände sind auch von vornherein im Übergangsbereich zu erwarten ($r = ,914$; $p < ,000$)³¹⁸.
- Zusätzlich und in weitgehend eigenständiger Form trägt die Höhe des Angebots an vollqualifizierenden Ausbildungsplätzen zur Erklärung der quantitativen Entwicklung des Übergangs-

bereichs bei: Denn je mehr Ausbildungsangebote im dualen System vorhanden sind, desto seltener kommt dem Sektor „Integration in Ausbildung“ die Funktion eines Auffangbeckens zu und desto niedrigere Anfängerbestände sind im Integrationssektor zu erwarten ($r = -,530$; $p = ,020$).

Beide Einflussgrößen – Schulabgängerzahl und Umfang des Ausbildungsangebots – entwickelten sich in den vergangenen 20 Jahren weitgehend unabhängig voneinander, prägten zusammen aber maßgeblich die Zahl der Einmündungen in den Sektor „Integration in Ausbildung“ → **Tabelle C3-2**. Die multiple Korrelation allein dieser beiden Größen mit dem Anfängerbestand im Übergangsbereich beträgt $R = ,964$ ($p < ,000$). Der Zusammenhang ist somit so eng, dass auf die Einbeziehung weiterer Faktoren zugunsten eines sparsamen Erklärungsmodells weitgehend verzichtet werden kann. **E**

E Schätzung der Determinanten der Anfängerzahlen im Übergangsbereich

Daten zum Übergangsbereich „Integration in Ausbildung“ aus der integrierten Ausbildungsberichterstattung (vgl. Statistisches Bundesamt 2012) gibt es erst ab dem Jahr 2005. Um die Schätzung der hier interessierenden Zusammenhänge breiter zu fundieren (1992 bis 2011), wurden für den Zeitraum 1992 bis 2004 die jährlichen Summen aus diversen teilqualifizierenden Bildungsgängen (Schüler/-innen im Berufsvorbereitungs- und Grundbildungsjahr, Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen, Anfänger einer Einstiegsqualifizierung, erwerbstätige und arbeitslose Schüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag in der Berufsschule) mit einbezogen. Die Differenzen zwischen den beiden Teilen der Zeitreihe (1992 bis 2004 und 2005 bis 2011), die aus der abweichenden Konstruktion resultieren, wurden über eine Dummy-Variable aufgefangen.

Die bivariaten Korrelationskoeffizienten wurden unter Auspartialisierung des Einflusses der Dummy-Variable berechnet; bei der Berechnung der multiplen Korrelation R wurde die Dummy-Variable integriert. Das Korrelogramm der quadrierten Residuen gibt keinen Hinweis auf eine die Aussagekraft der Ergebnisse substanziell einschränkende Autokorrelation.

318 Die jeweilige Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger und -absolvierenden wurde als Mittelwert des aktuellen und des vorausgegangenen Jahres berechnet, um die Effekte verzögerter Einmündungen berücksichtigen zu können.

Tabelle C3-1: Standpunkte von Berufsbildungsexperten zum Übergangssystem¹

	Alle Experten	Organisationale Herkunft								
		Betrieb	ÜBS	Schule	Kammer	Arbeitgeberverband	Gewerkschaft	Forschung, Hochschule	Öffentliche Verwaltung	Sonstige
Bisherige Existenzgründe des „Übergangssystems“										
Ein großer Teil der heutigen Schulabgänger ist nicht ausbildungsreif.	52	50	58	44	62	64	18	32	33	64
Das Übergangssystem ist in der Lage, nicht ausbildungsreife Jugendliche zur Ausbildungsreife zu führen.	63	54	74	71	67	52	54	51	79	60
Das Übergangssystem trägt dazu bei, die Chancen der Teilnehmer auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen.	68	73	72	76	70	64	39	60	70	72
Wenn die allgemeinbildende Schule besser die für eine Berufsausbildung notwendigen Kompetenzen vermitteln würde, könnte man auf das Übergangssystem verzichten.	60	69	49	60	75	70	61	40	47	75
Wenn Betriebe mehr Unterstützung bei der Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen erhielten, wären die meisten Maßnahmen des Übergangssystems überflüssig.	43	41	28	29	42	43	70	47	35	68
Es gibt das Übergangssystem nur deshalb, weil zu wenige Ausbildungsplätze vorhanden sind.	23	20	16	24	13	20	50	38	18	23
Kritikpunkte										
Im Übergangssystem gibt es zu viele verschiedene Maßnahmen und Bildungsgänge.	79	74	76	71	85	80	79	73	91	81
Jugendliche, die Maßnahmen oder Bildungsgänge des Übergangssystems absolviert haben, haben bei den Betrieben einen schlechten Ruf.	41	35	40	37	29	41	44	56	49	38
Für Jugendliche sind die Maßnahmen und Bildungsgänge des Übergangssystems Warteschleifen, in denen sie ihre Zeit verschwenden.	41	42	26	38	37	36	68	50	37	44
Reformvorschläge										
Die Ressourcen im Übergangssystem müssen effektiver eingesetzt werden.	89	91	87	84	90	100	88	90	91	88
Statt zahlloser Programme im Übergangssystem sollte es nur noch wenige Grundtypen von Maßnahmen und Bildungsgängen geben.	85	77	79	87	90	91	93	86	88	84
Grundsätzlich sollten alle Bildungsgänge im Übergangssystem so gestaltet sein, dass betriebliche Praxisphasen im Vordergrund stehen.	91	83	95	91	95	96	85	90	91	91
Das Übergangssystem muss stärker dazu beitragen, dass seine Teilnehmenden einen ersten oder höherwertigen Schulabschluss erwerben.	73	86	71	76	64	59	75	82	54	79
Alle Maßnahmen/Bildungsgänge im Übergangssystem sollten so gestaltet sein, dass sie den Erwerb eines ersten oder höherwertigen Schulabschlusses ermöglichen.	80	78	79	84	73	59	93	85	74	96
Erwartungen zur Zukunft des „Übergangssystems“										
Der demografisch bedingte Rückgang bei den Schulabsolventen wird dazu führen, dass das Übergangssystem nicht mehr erforderlich sein wird.	12	16	0	16	16	14	19	16	11	5
Auch in Zukunft wird das Übergangssystem unverzichtbar sein.	81	81	90	78	83	82	64	79	79	84
Absolute Zahl der Befragten	482	70	62	45	81	22	28	73	57	44

¹ Wiedergegeben in % werden die jeweiligen Anteile der Fachleute, die der Aussage („eher“ oder „voll und ganz“) zustimmen.

Quelle: Expertenmonitor 2010

Tabelle C3-2: Entwicklung der Anfängerzahl im Übergangsbereich in Abhängigkeit von der Zahl der nichtstudienberechtigten Schulabgänger und des Umfangs des Ausbildungsplatzangebots (Stützzeitraum der Schätzungen: Entwicklung 1992 bis 2011)

Jahr	Nichtstudien- berechtigte Schulabgänger/ -innen und Schulabsolventen/ aus allgemein- bildenden Schulen ¹	Ausbildungsangebot im dualen Berufsausbildungssystem (Ist-Zahlen bis 2011)			Anfänger/-innen im Übergangssektor „Integration in Ausbildung“ (Ist-Daten)	Schätzungen des Übergangssektors auf Basis von Schulabgänger/-innen- und Angebotsdaten		
		Szenario 1:	Szenario 2:	Szenario 3:		Szenario 1:	Szenario 2:	Szenario 3:
		ab 2011 jährlich um 10.000 Plätze sinkendes Angebot	ab 2011 konstantes Angebot	ab 2011 jährlich um 10.000 Plätze steigendes Angebot		ab 2011 jährlich um 10.000 Plätze sinkendes Angebot	ab 2011 konstantes Angebot	ab 2011 jährlich um 10.000 Plätze steigendes Angebot
2005	709.113	562.816	562.816	562.816	417.647	447.777	447.777	447.777
2006	700.127	591.554	591.554	591.554	412.083	425.330	425.330	425.330
2007	687.202	644.244	644.244	644.244	390.552	387.868	387.868	387.868
2008	656.098	635.849	635.849	635.849	363.037	359.323	359.323	359.323
2009	615.814	581.562	581.562	581.562	348.217	342.135	342.135	342.135
2010	582.903	579.678	579.678	579.678	320.013	308.794	308.794	308.794
2011	558.938	599.829	599.829	599.829	294.294	274.618	274.618	274.618
2012	544.654	590.000	600.000	610.000	-	264.231	259.675	255.118
2013	548.582	580.000	600.000	620.000	-	272.876	263.763	254.649
2014	551.004	570.000	600.000	630.000	-	279.954	266.283	252.613
2015	538.049	560.000	600.000	640.000	-	271.028	252.801	234.573
2016	523.963	550.000	600.000	650.000	-	260.925	238.141	215.357
2017	509.747	540.000	600.000	660.000	-	250.687	223.346	196.005
2018	493.492	530.000	600.000	670.000	-	238.326	206.428	174.531
2019	481.379	520.000	600.000	680.000	-	230.277	193.822	157.367
2020	474.449	510.000	600.000	690.000	-	227.621	186.610	145.598
2021	470.201	500.000	600.000	700.000	-	227.757	182.189	136.620
2022	466.129	490.000	600.000	710.000	-	228.076	177.951	127.826
2023	461.379	480.000	600.000	720.000	-	227.689	173.007	118.325
2024	459.218	470.000	600.000	730.000	-	229.997	170.758	111.519
2025	452.591	460.000	600.000	740.000	-	227.657	163.861	100.066

¹ Mittelwert aus der aktuellen Jahreszahl und der Zahl des Vorjahres

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 2, 2009/2010, Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung

Angesichts des engen Zusammenhangs und der Ökonomie des Erklärungsmodells liegt es nahe, die Regressionsgleichung auch für eine Vorausschätzung der künftigen Anfängerzahlen im Übergangssektor bis zum Jahr 2020 zu nutzen. Dem kommt zugute, dass zur künftigen Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger und -absolvierenden aktualisierte Prognosezahlen der Kultusministerkonferenz bzw. des Statistischen Bundesamts vorliegen (vgl. Kultusministerkonferenz 2011, **vgl. Kapitel A2**), die nach den Erfahrungen vergangener Jahre eine relativ hohe Vorhersagegenauigkeit aufweisen.

Größere Schwierigkeiten bereitet allein die Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots. Zwar liegen Szenarien zur künftigen Entwicklung des Beschäftigungsbedarfs der Wirtschaft vor, wie sie auch im Rahmen des Nationalen Bildungsberichts 2010 genutzt wurden (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 176 ff.). Es scheint allerdings fraglich, ob sich der Bedarf tatsächlich in einem konstant hohen Angebot an dualen Ausbildungsplätzen niederschlägt, wenn – wie absehbar – die Rekrutierungsprobleme der Betriebe weiter zunehmen werden. Dies hätte im ungünstigen Falle eine von Jahr zu Jahr wachsende Zahl von unbesetzten Ausbildungsstellen zur Folge – mit geringen Aussichten der Betriebe auf künftig größere Besetzungschancen. So rechnen Maier/Troltsch/Walden (2011, S. 7 f.) selbst unter Zugrundelegung optimistischer Annahmen mit einem Rückgang der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf 530.000 im Jahr 2020, unter Zugrundelegung pessimistischer Annahmen sogar mit einem Absinken auf 466.000. Damit wäre aber – ein Ausbildungsplatzangebot im Jahr 2020 von 621.000 Plätzen vorausgesetzt, wie im Nationalen Bildungsbericht (2010) unterstellt – eine Spannweite in der Zahl unbesetzter Plätze im Umfang zwischen 91.000 und 155.000 verbunden. Es ist fraglich, ob die Betriebe dies akzeptieren würden, ohne zu versuchen, auf alternative Strategien zur Deckung ihres Fachkräftebedarfs auszuweichen. Im Expertenmonitor 2010 rechneten 34 % der befragten Berufsbildungsfachleute damit, dass Betriebe bei massiv einsetzendem Bewerbermangel ihren Fachkräftebedarf eher verstärkt durch die Rekrutierung von z. B. extern ausgebildeten Fachkräften

oder Bachelorabsolvierenden abzudecken versuchen würden, als selbst auszubilden.

Letztlich ist eine tragfähige Prognose der Ausbildungsplatzangebotsentwicklung bis 2025 kaum möglich, zumal auch Zeitpunkt und Ausmaß konjunktureller Zyklen und potenzieller Wirtschaftskrisen nicht vorherzusagen sind. Aus pragmatischen Gründen scheint es daher sinnvoll, behelfsweise mit verschiedenen Szenarien zu arbeiten
→ **Tabelle C3-2**:

- In Szenario 1 wird davon ausgegangen, dass sich das Ausbildungsplatzangebot ab 2012 bis 2025 jährlich um rd. 10.000 Plätze verringert und sich somit der sinkenden Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger und -absolvierenden anpasst.
- Dagegen wird in Szenario 2 ab 2012 mit einem konstanten, gegenüber 2011 unveränderten Ausbildungsangebot von rund 600.000 Stellen gerechnet.
- Schließlich wird im eher unrealistischen Szenario 3 der Anschaulichkeit halber und als Gegenmodell zu Szenario 1 unterstellt, dass sich das Ausbildungsplatzangebot gegenüber 2011 jährlich um jeweils 10.000 Plätze erhöht.

Wie nun → **Tabelle C3-2** zeigt, ist unter Zugrundelegung aller 3 Szenarien bis 2025 mit einer weiteren starken Abnahme der Anfängerzahlen im Sektor „Integration in Berufsausbildung“ zu rechnen. Der Grund liegt im dominierenden Effekt des demografischen Einbruchs. Dessen Auswirkungen sind so stark, dass sie selbst unter Annahme des pessimistischen Szenarios 1 (starker Rückgang des Ausbildungsplatzangebots von 600.000 in 2011 auf 460.000 in 2025) ein weiteres Absinken der Teilnehmerzahlen auf unter 230.000 erwarten lassen. Denn für die Mitte der 2020er-Jahre wird mit etwa 100.000 nicht studienberechtigten Schulabgängern und -absolvierenden weniger als 2011 gerechnet; im Vergleich zu 2005 wird das Minus sogar über 250.000 Personen umfassen.

Sollte das Angebot bis 2025 jährlich jeweils rund 600.000 betragen (Szenario 2), würde die Anfängerzahl im Übergangsbereich sogar auf unter 165.000 absinken. Am sicherlich viel zu optimistischen und

letztlich unrealistischen Szenario 3 lässt sich andererseits jener Kern identifizieren, der es erlaubt, von einer institutionellen Eigenständigkeit des Übergangsbereichs zu sprechen. Denn selbst wenn das Ausbildungsplatzangebot bis 2025 stark von zuletzt 600.000 auf 740.000 steigen würde, wäre immer noch mit einem Anfängerbestand von Jugendlichen im Übergangsbereich von etwa 100.000 zu rechnen. Dies wären zwar deutlich weniger Personen als zum Höhepunkt der Ausbildungsmarktkrise im Jahr 2005 (446.500), doch immerhin noch so viele, dass auch für die Zukunft von der Existenz eines (geschrumpften) Übergangsbereichs auszugehen ist.

C4 Bildungspolitische Programme und Konzepte zur Gestaltung des Übergangsbereichs

Der Blick auf die Ergebnisse der integrierten Ausbildungsberichterstattung und die Zahlen der gerade vorgenommenen Prognose verdeutlichen, dass es sich sowohl aktuell als auch zukünftig lohnt, Effizienzsteigerungen im Bereich des Übergangs Schule – Beruf anzustreben. Die Vielfältigkeit des hier festzustellenden Maßnahmebündels lässt sich sehr gut darstellen, wenn man die einzelnen Programme und (Forschungs-)Projekte betrachtet, die zu dieser Thematik aktuell im BIBB durchgeführt werden bzw. an denen das BIBB beteiligt ist.

An ihnen wird deutlich: Neben Strukturfragen hat die konkrete Praxis vor Ort bei der Umsetzung neuer Ausrichtungen im Übergangsbereich gemeinsam mit den vielfältigen Akteuren stark an Bedeutung gewonnen. Zudem wird deutlich, dass Maßnahmen im Übergangsbereich im weiteren Sinne eine immer wichtigere Rolle zukommt.

C4.1 Frühzeitig und praxisnah: Trends bei der Berufsorientierung

Trotz einer Entspannung der Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt, regional sogar eines Übergangsangebots an Ausbildungsplätzen, wird ein direkter Übergang von der Schule in die duale Ausbildung auch zukünftig nicht allen ausbildungsinteressierten

Jugendlichen gelingen. Der Bedarf der Wirtschaft an bestimmten Qualifikationen deckt sich nicht automatisch mit den Interessen und Fähigkeiten der ausbildungsinteressierten Jugendlichen (Stichwort: mangelnde Ausbildungsreife). Deswegen setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass eine frühzeitige Berufsorientierung und Förderung berufsübergreifender Schlüsselkompetenzen für gelungene Übergänge von der Schule in den Beruf unerlässlich sind. Große Erfolgserwartungen werden in dieser Hinsicht laut BIBB-Expertenmonitor in die Kombination von Potenzialanalyse und individueller Übergangsbegleitung sowie die Steigerung betrieblicher Praxis in der Übergangsphase gesetzt (vgl. Bundesinstitut für Berufsbildung 2011). Diesen Grundgedanken folgend setzt auch die BMBF-Bildungsketteninitiative auf Prävention, Kontinuität, sowie Kompetenz- und Handlungsorientierung. 2 zentrale Säulen der Bildungsketteninitiative sind das BMBF-Berufsorientierungsprogramm BOP und das Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung (BerEb-BK). Beide BMBF-Programme starten in der Regel bereits in Klasse 7 mit einer Potenzialanalyse.

Das Berufsorientierungsprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Mit der Verstärkung des vom BIBB umgesetzten Programms zur „Förderung von Berufsorientierung in überbetrieblichen und vergleichbaren Berufsbildungsstätten“ im Juni 2010 ist die Durchführung einer Potenzialanalyse obligatorischer Bestandteil des Berufsorientierungsprogramms geworden. Fast 150.000 Schülerinnen und Schülern konnte bisher die Teilnahme an der Potenzialanalyse und den sich anschließenden Werkstatttagen zugesichert werden. Etwa 100.000 Schülerinnen und Schüler durchliefen das Programm in der Pilot- und Übergangsphase noch ohne Potenzialanalyse. Bisher wurden insgesamt über 100 Mio. € in das Programm investiert. Angesichts der weiterhin hohen Nachfrage wird das Fördervolumen auf 60 Mio. € Projektmittel pro Jahr aufgestockt.

Für die meisten Jugendlichen in der 7. Klasse spielt die Berufswahl noch keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle. Vielmehr ist ihre Lebensphase

geprägt vom Beginn der Pubertät, von Abgrenzungstendenzen und Identitätsfragen (vgl. Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik 2010). Durch systematische Selbst- und Fremdeinschätzung unterstützt die Potenzialanalyse diese ersten Phasen der Selbstreflexion und fördert eine realistische Selbstwahrnehmung im Hinblick auf externe Anforderungen. Sie zeigt, welche verborgenen Talente in den Jugendlichen schlummern, und gibt Hinweise, wie Kompetenzen durch individuelle Förderung weiterentwickelt werden können.

Im Rahmen der **Werkstatttage** (in der Regel in der 8. Klasse) haben die Jugendlichen anschließend die Gelegenheit, für 80 Stunden in einer Berufsbildungsstätte unter Anleitung erfahrener Ausbilder/-innen praktische Erfahrungen in mindestens 3 Berufsfeldern bzw. 5 Berufsfeldern in der ab dem Jahr 2012 geltenden neuen Förderrichtlinie zu machen. Im praktischen Tun eröffnen sich gerade auch den Jugendlichen neue Chancen, die sich mit schulischen Leistungen schwerer tun. Besonders motivierend ist, wenn die Aufgaben in den Berufsfeldern produkt- und prozessorientiert angelegt sind. Das fördert das Selbstvertrauen der jungen Menschen und den Stolz auf die eigene Leistung.

Das Gesamtpaket einer Berufsorientierung wird mit einer Zertifizierung abgeschlossen, die Schülern und Schülerinnen als Entscheidungshilfe für die spätere Berufswahl dienen und Betriebe bei der Einstellung von Auszubildenden unterstützen soll.

Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung

Durch das **Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung** werden die bereits etablierten Instrumente Potenzialanalyse (siehe Berufsorientierungsprogramm) und Berufseinstiegsbegleitung verzahnt. Das Programm sieht bis Ende 2014 die Etablierung von rund 1.000 hauptamtlichen Berufseinstiegsbegleiterinnen und Berufseinstiegsbegleitern (BerEb) an bundesweit 1.070 Haupt- und Förderschulen vor. Sie betreuen über mehrere Jahre insgesamt bis zu 30.000 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf. Die BerEb entwickeln individuelle Förderpläne und stimmen ihre Begleitung der Jugendlichen eng mit dem Schulpersonal, mit Eltern, Unternehmen, der

BA und weiteren relevanten Akteuren ab. Zu den Aufgaben der Berufseinstiegsbegleitung gehören insbesondere die Unterstützung beim Erreichen des Schulabschlusses, bei der Persönlichkeitsentwicklung und der Erlangung der Ausbildungsreife, bei Berufsorientierung, Berufswahl und Ausbildungsplatzsuche. Die Begleitung im Übergang kann als Stabilisierung bis ins erste Ausbildungsjahr hineinreichen.

Umgesetzt wird das Sonderprogramm Berufseinstiegsbegleitung von der BA. Die Länder haben die 1.000 Haupt- und Förderschulen benannt, die sich an der Initiative Bildungsketten beteiligen. Seit 2011 nehmen jährlich rund 60.000 Schülerinnen und Schüler an Potenzialanalysen teil. Die ersten 500 starteten am 29. November 2010. Damit ergänzen sie die über 1.000 Berufseinstiegsbegleiter/-innen der BA, die seit 2009 bundesweit bereits ca. 20.000 junge Menschen betreuen. Zur Evaluation der Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III für Leistungsschwächere [vgl. Kapitel A7.2](#).

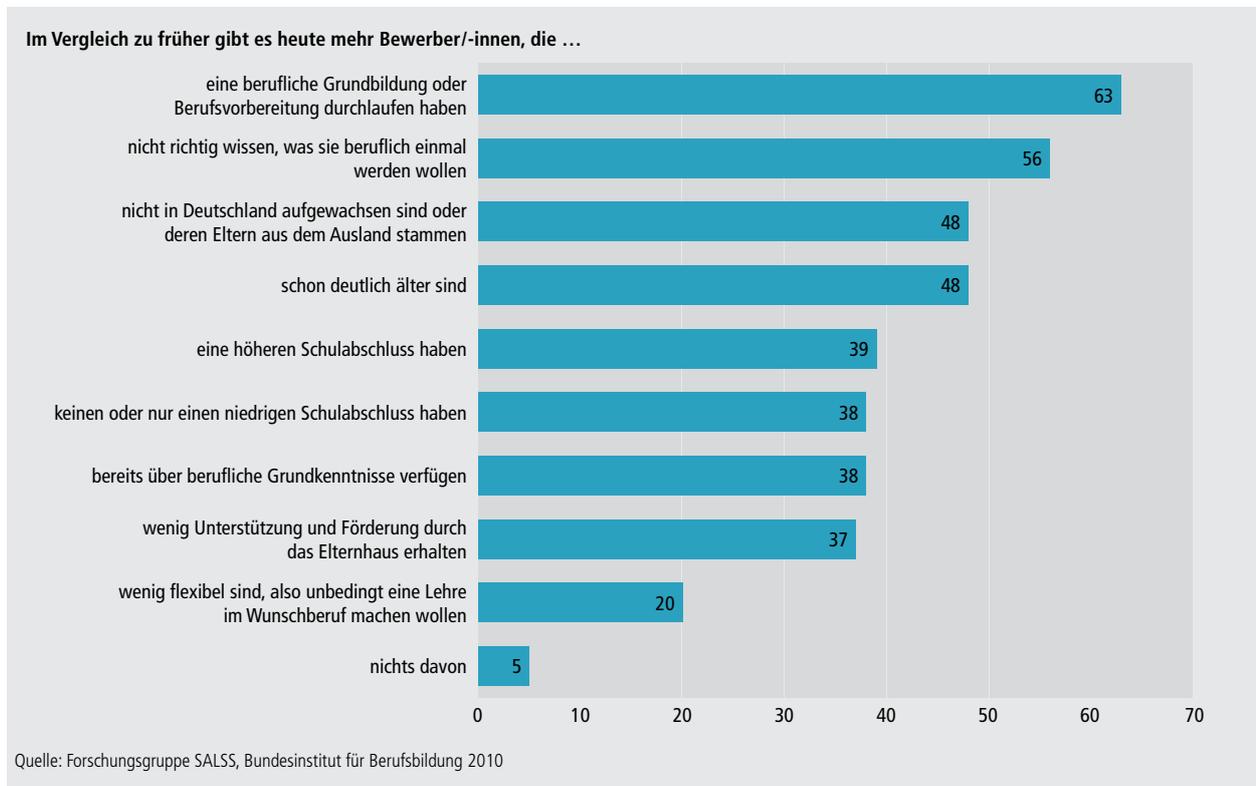
Bund-Länder-Begleitgruppe zur Initiative Bildungsketten

Zur Begleitung der Initiative Bildungsketten wurde ein Bund-Länder-Gremium ins Leben gerufen, welches Ergebnisse und aktuelle Entwicklungen diskutiert, unterschiedliche Ansätze abgleicht und gute Praxis und Konzepte transferiert. Neben 16 Ländervertretern aus den Kultusministerien sind das BMBF, die BA und Ländervertreter aus der Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) und der Arbeitsministerkonferenz (ASMK) in diesem Gremium vertreten.

C4.2 Vielfalt und Individualisierung: Heterogene Wege in die Ausbildung

Die Forschungen des BIBB in Kooperation mit verschiedenen Partnerinnen und Partnern der Forschung und der Praxis der beruflichen Bildung haben gezeigt, dass es sich bei dem Thema „Umgang mit heterogenen Lerngruppen“ nicht um eine fundamental neue Herausforderung handelt. Allerdings gibt es aufgrund des demografischen und gesellschaftlichen Wandels deutliche Veränderungen in der Struktur der Jugendlichen und parallel dazu

Schaubild C4-2.1: Heterogenität der Bewerber und Bewerberinnen (in %)



wachsende Anforderungen an die Unternehmen. Lehrer/-innen in den berufsbildenden Schulen, Ausbilder/-innen in Betrieben und Bildungsdienstleistungsinstitutionen sowie die ausbildenden Fachkräfte in den Unternehmen benötigen Hilfe bei der täglichen Arbeit. Ergebnisse von standardisierten und offenen Interviews, die im Rahmen mehrerer Studien der Jahre 2008 bis 2010 durchgeführt wurden, haben gezeigt, dass vor allem KMU Sorge um die Sicherung des Bedarfs an qualifiziertem Nachwuchs äußern. Aber selbst größere Unternehmen, auch im süddeutschen Raum, der bisher weitgehend wenig von den Veränderungen berührt war (z. B. aufgrund von Zuwanderungen von Ausbildungsbewerber/-innen und von Fachkräften aus anderen schwächer strukturierten Regionen), schließen sich dieser Sorge inzwischen an.

Ins Zentrum der Wahrnehmung ausbildender Unternehmen rücken verstärkt Bewerberinnen und Bewerber, die aus dem Übergangsbereich stammen. Ergänzende Ergebnisse von Gruppendiskussionen

und Experteninterviews zeigen jedoch, dass die Betriebe berufsvorbereitende Maßnahmen bisher nur in Ausnahmefällen als zusätzliche Qualifizierung der jungen Menschen und damit als Verbesserung der Ausbildungsreife ansehen. Das Gegenteil ist eher der Fall: Es herrschen deutliche Vorbehalte gegenüber diesem Bewerber/-innenkreis, die auch in der Einschätzung, dass immer mehr unter ihnen „nicht richtig wissen, was sie wollen“, zum Ausdruck kommen → **Schaubild C4.2-1**. Wie kann dem entgegen gewirkt werden?³¹⁹

Modellversuchsprogramm „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“

Im Förderschwerpunkt „Neue Wege in die duale Ausbildung – Heterogenität als Chance für die Fachkräftesicherung“ arbeiten seit dem Frühjahr 2011

³¹⁹ Vgl. zur Notwendigkeit eines Umdenkens bei den Betrieben und den damit verbundenen Schwierigkeiten Heister 2011, S. 71 ff.

bundesweit 18 neue Modellversuche. Das BIBB leitet, steuert und betreut das Programm wissenschaftlich sowie administrativ; es koordiniert, vernetzt und unterstützt die Modellversuche bei der Erreichung ihrer Ziele. Diese Arbeit erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung (Forschungsgruppe SALSS, Bonn und Berlin, in Kooperation mit der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und dem Institut für sozialwissenschaftliche Beratung, isob GmbH Regensburg). Die Fördersumme insgesamt beträgt ca. 9 Mio. € in einem Zeitraum von 3 Jahren.

Ziel des Förderschwerpunkts ist es, innovative Wege in die Ausbildung und zu erfolgreichen Ausbildungsabschlüssen bei zunehmender Heterogenität (potenzieller) Auszubildender vorzuzeichnen. Die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und die Ausbildung selbst, verbunden mit einer längerfristigen Perspektive der Berufstätigkeit, werden als integrierte Teile einer funktionierenden Bildungskette betrachtet. Im Fokus stehen dabei kleine und mittlere Unternehmen, die traditionell den größten Anteil der Ausbildungsleistung erbringen. Aufgrund des demografischen Wandels haben sie immer größere Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze adäquat zu besetzen, zumal sie dabei in besonderer Weise in Konkurrenz zu den größeren Unternehmen stehen. In dem neuen Modellversuchsprogramm werden in diesem Segment – anknüpfend an bestehende Förderinstrumente, Konzepte und Methoden – exemplarische innovative Lösungen erarbeitet, um den neuen Herausforderungen an die berufliche Bildung zu begegnen. So werden beispielsweise in einem der Modellversuche im Kontext des neuen Hamburger Übergangsmodells Betriebe, insbesondere auch von Migranten und Migrantinnen, in Handel, Dienstleistungen und Handwerk dazu motiviert, gezielt solche Auszubildende einzustellen, die nach bisheriger Einstellungspraxis keine Chance gehabt hätten. Durch enge Kooperation akquirierter Betriebe mit ausgewählten Schulen werden Modelle vertiefter Berufsorientierung und Vermittlung in Ausbildung entwickelt. Dabei finden individuelle und strukturelle Heterogenitätsmerkmale von Schülerinnen und Schülern Berücksichtigung. Die potenziellen Auszubildenden werden in einem speziellen Prozess von Profiling und Matching in Unternehmen vermittelt

und begleitet. Das Projekt etabliert sich zugleich als Service- und Dienstleistungsstelle für Jugendliche, Betriebe und Schulen.³²⁰

Ausbildungsbausteine/Qualifizierungsbausteine

Die Verbesserung von Übergangschancen für Jugendliche zwischen allgemeinbildender Schule und dualer Ausbildung in die betriebliche Ausbildung ist ein Ziel des Programms **JOBSTARTER CONNECT**. Junge an- und ungelernete Erwachsene mit und ohne Beschäftigungsverhältnis sollen anhand eines gegliederten Qualifizierungswegs über die Externenprüfung zu einem Berufsabschluss geführt werden.

Im Auftrag des BMBF wurden vom BIBB auf Basis der jeweils geltenden Ausbildungsordnung **bundeseinheitliche Ausbildungsbausteine** in 14 Berufsbildern entwickelt. Mithilfe der Bausteine lassen sich erworbene berufliche Handlungskompetenzen transparent dokumentieren und die Maßnahmen zeitlich effektiver verwerten. Die Bescheinigung dessen, was jemand kann, bietet einen guten Ansatzpunkt, berufliche Handlungskompetenzen auf die Ausbildung anzurechnen oder den Zugang zur Externenprüfung zu erleichtern.

Seit April 2009 setzen im Rahmen von 2 Förderunden inzwischen 40 regionale Projekte das Programm um. Bis Juli 2011 wurden 2.500 Jugendliche und junge Erwachsene in eine Qualifizierung über Ausbildungsbausteine aufgenommen. Für die beiden Förderrunden wurden insgesamt rd. 23,4 Mio. € an Projektmitteln bewilligt. Die bisherigen Ergebnisse bieten gute Ansatzpunkte für die weitere wissenschaftliche Begleitung und Evaluation.

Neben den Ausbildungsbausteinen sind auch Qualifizierungsbausteine für den Übergangsbereich von zentraler Bedeutung. Als inhaltlich und zeitlich abgegrenzte Lerneinheiten, die sich an Ausbildungsordnungen orientieren, sollen Qualifizierungsbausteine die Grundlagen beruflicher Handlungsfähigkeit vermitteln und auf die Aufnahme einer Ausbildung

320 Vgl. <http://www.bibb.de/de/59453.htm>

vorbereiten. Sie sind damit ein Element der Berufsausbildungsvorbereitung, die mit Wirkung zum 1. Januar 2003 in das Berufsbildungsgesetz (BBiG) aufgenommen wurde, und sollen dazu beitragen, berufsvorbereitende Maßnahmen inhaltlich auf transparente Weise auf eine angestrebte Berufsausbildung auszurichten.

Durch das BBiG und die Berufsausbildungsvorbereitungs-Bescheinigungsverordnung (BAVBVO) werden nur indirekt (über den Bezug auf die Ausbildungsordnungen) inhaltliche Vorgaben für Qualifizierungsbausteine gegeben, es wurden jedoch Standards für die Gestaltung, Bescheinigung und Bestätigung von Qualifizierungsbausteinen gesetzt. Um einen Gesamtüberblick über die nach der BAVBVO erstellten und durch die zuständigen Stellen bestätigten Qualifizierungsbausteine zu ermöglichen und diese an zentraler Stelle verfügbar zu machen, hat der Hauptausschuss des BIBB im Dezember 2003 die Empfehlung ausgesprochen, bestätigte Bausteine möglichst vollständig im Good Practice Center zur Förderung von Benachteiligten in der Berufsbildung (GPC) zu erfassen (www.good-practice.de). Darüber hinaus wurden zur Unterstützung der Praxis modellhafte Qualifizierungsbausteine entwickelt und u. a. über das Internetangebot des GPC zugänglich gemacht. Die Datenbank der Qualifizierungsbausteine im GPC enthält 534 Qualifizierungsbausteine (Stand September 2011). Handwerkliche Berufe stellen den größten Anteil, gefolgt von Industrie und Handel. Aber auch Landwirtschaft und freie Berufe sind vertreten. In letzter Zeit sind vor allem Qualifizierungsbausteine, die auf Pflegeberufe vorbereiten, dazugekommen. Beispiele sind hier etwa 2 Qualifizierungsbausteine im Themenfeld der Unterstützung alter Menschen, die für Einstiegsqualifizierungen im Bereich der Altenpflege genutzt werden sollen.³²¹

321 Vgl. Datenbank Qualifizierungsbausteine des GPC: <http://www.good-practice.de/bbigbausteine.php>, Qualifizierungsbaustein „Alte Menschen bei der wohn- und lebensraumbezogenen Alltagsbewältigung unterstützen“ und „Alte Menschen bei der Tagesgestaltung unterstützen“.

C4.3 Prävention statt Reparatur: Anforderungen an das Personal im Übergangsbereich

Während die bisher beschriebenen Programme unmittelbar auf die jungen Menschen im Übergang abzielen, gibt es daneben eine Reihe von Maßnahmen und Förderprogrammen, die sich unmittelbar an das Personal im Übergangsbereich wenden.

BIBB-Forschungsprojekt „Anforderungen an die Professionalität des Bildungspersonals im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt“

Im Übergangsbereich stellen sich nicht nur an spezielles Begleitpersonal neue Anforderungen; vielmehr gelten die Aufgaben „individuelle Bildungs- und Übergangsbegleitung“ und „Gestaltung eines strukturellen Übergangsmagements“ für alle pädagogischen Fachkräfte. Ein BIBB-Forschungsprojekt zeigt, dass es „Anforderungen an die Professionalität des Bildungspersonals im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt“³²² gibt, die in Aus- und Weiterbildung des Bildungspersonals einen Platz haben müssen.

Die **individuelle Bildungs- und Übergangsbegleitung** beinhaltet eine kontinuierliche und verlässliche Begleitung des jungen Menschen von der Schule in den Beruf. Sie endet nicht an einzelnen Bildungsabschnitten, sondern verknüpft diese miteinander und stellt Anschlüsse her. Dieses setzt voraus, dass alle beteiligten Bildungsinstitutionen „Hand in Hand“ arbeiten. Damit stellt sich den beteiligten Bildungsinstitutionen und pädagogischen Fachkräften gemeinsam die Aufgabe, ein Konzept zu erarbeiten, das – von Kompetenzen, Stärken und Interessen des/der einzelnen Jugendlichen ausgehend – individuelle maßgeschneiderte Unterstützungsangebote entwickelt. Begleitung ist dann individuell an der Biografie des jungen Menschen orientiert und als Prozess zu verstehen, der system- und ressourcenorientiert angelegt ist und regional eingebettet sein muss. Ziel ist, gemeinsam mit der/dem Jugend-

322 Vgl. BIBB-Forschungsprojekt: <http://www.kibb.de/wlk51853.htm>

lichen realisierbare Bildungs- und Ausbildungsperspektiven zu entwickeln.

Die **Gestaltung eines strukturellen Übergangsmagements** bezieht sich auf die Vernetzung und die Kooperation aller am regionalen Übergangsgeschehen beteiligten Akteure. Hier sind Konzepte gefordert, die den Nutzen einer Zusammenarbeit für alle Beteiligten nachvollziehbar machen. Dies darf nicht außer Acht lassen, dass die Zusammenarbeit auch davon geprägt wird, dass jede Institution auf einer eigenen Handlungslogik aufbaut, jeweils unterschiedliche gesetzliche Grundlagen (bspw. Sozialgesetzbücher II, III, VIII, XII; Schulgesetze) bestehen und jede Profession andere Zugänge zum Handlungsfeld und zur Zielgruppe mitbringt – abgesehen davon, dass jede Institution einen jeweils spezifischen Auftrag erfüllen muss. Markant für die neue, veränderte Form der Zusammenarbeit ist, dass aufgrund der enormen Komplexität des Übergangsgeschehens keine Institution mehr alleine ihre spezifische Aufgabe erfüllen kann – zur Bewältigung der Probleme werden Handlungsstrategien notwendig, die die eigene Zuständigkeit überschreiten (vgl. Bylinski 2008). In einem vernetzten System von Erziehung, Bildung und Betreuung in kommunalen Bildungslandschaften wird etwa auch die Jugendhilfe zu einem wichtigen Glied in der Förderkette und zu einem bedeutenden Akteur im Rahmen einer Bildungsbegleitung.

Die Fähigkeit zur Netzwerkbildung und Kooperation der am Übergangsgeschehen beteiligten Bildungsinstitutionen und pädagogischen Fachkräfte werden zum neuen Segment von Professionalität am Übergang Schule – Beruf. Professionalisierung schließt formale Qualifikationen, (Berufs-)Erfahrungen und informell erworbene Kompetenzen ein. Dieses (berufs-)biografische Potenzial aufzugreifen und für „pädagogisches Übergangshandeln“ nutzbar zu machen, muss Aufgabe von Fort- und Weiterbildung sein.

Good Practice Center – Förderung von Benachteiligten in der beruflichen Bildung

Im Kontext einer effizienteren und bedarfsgerechteren Gestaltung des Übergangsbereichs hat die Förderung Benachteiligter große Bedeutung. Bereits

erprobte und erfolgreiche Ansätze und Praxiserfahrungen sind gerade hier für die Akteure hilfreich. Das **Good Practice Center (GPC)** stellt für all diejenigen ein Erfahrungs- und Wissensforum zur Verfügung, die in der beruflichen Förderung von jungen Menschen im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt engagiert sind. Die Angebote richten sich an Fachkräfte aus Berufsschulen, Betrieben und von Bildungsträgern sowie an Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Ihnen bietet das GPC aktuelle Informationen aus Wissenschaft, Praxis und Politik, dabei bildet die praxisorientierte Aufbereitung und Verbreitung von Erfahrungen und Erkenntnissen (Good Practice) den Mittelpunkt der Arbeit.

Für die Handlungsfelder Berufsorientierung, Schulsozialarbeit, Berufsvorbereitung, Ausbildung, Übergänge und Nachqualifizierung gestaltet und betreut das GPC inhaltlich und technisch 2 thematisch miteinander verbundene Internetangebote. Konzeptionell neu aufgestellt wurde der Bereich der „guten Praxis“. Qualitätskriterien lassen alle Interessierten nachvollziehen, was „gute Praxis“ eigentlich ausmacht, und neue, ausführliche Erfahrungsberichte schildern anschaulich, wie „gute Praxis“ im Alltag aussieht.

Das Portal **Benachteiligtenförderung online** ist das zentrale Medium für die Aufbereitung und den Transfer guter Praxis in der Benachteiligtenförderung. Es bietet aufbereitetes Fachwissen, Grundlageninformationen, Datenbanken mit Good-Practice-Lösungen, Materialien und Qualifizierungsbausteinen und weist auf aktuelle Veranstaltungen hin. Regelmäßig informieren Berichte über neue Entwicklungen und gute Projekte mit übertragbaren Ansätzen. Das Portal **Länder aktiv** ist die Plattform für die Aktivitäten der Bundesländer im Übergang Schule – Beruf und dokumentiert die vielfältigen Förderprogramme und -projekte aller 16 Bundesländer.

Monatlich verschickt das GPC aktuelle Informationen aus der Benachteiligtenförderung, der Forschung, dem BIBB und dem GPC an interessierte Fachleute. 2011 bezogen knapp 7.000 Abonnentinnen und Abonnenten den Newsletter.

Ausbildungswege begleiten, Ausbildungsabbrüche verhindern (Jobstarter-Programm)

Im Rahmen der Bildungsketten-Initiative (vgl. **Kapitel C4.1**) wird das Prinzip der individuell zugeschnittenen Begleitung und Unterstützung auch auf den Bereich der Ausbildung übertragen. Dabei steht die Prävention von Ausbildungsabbrüchen im Mittelpunkt.

In Deutschland wird etwa jeder fünfte Ausbildungsvertrag vorzeitig gelöst (2010: 23,0%, vgl. **Kapitel A4.7**), oft schon im ersten Lehrjahr. Daher haben der Senior Experten Service (SES)³²³ – eine gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Bonn – zusammen mit den Spitzenverbänden der deutschen Industrie, des Handwerks und der freien Berufe Ende 2008 die Initiative VerA aufgelegt. Förderer ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung über sein vom BIBB administriertes JOBSTARTER-Programm.

VerA ist ein Angebot an Jugendliche, die in der Ausbildung auf Schwierigkeiten stoßen und mit dem Gedanken spielen, ihre Lehre abzubrechen. Auf Wunsch stellt der SES diesen Jugendlichen berufs- und lebenserfahrene Senior-Expertinnen und -Experten zur Seite – Vertrauenspersonen, die ihnen Stärke und Orientierung vermitteln und individuell helfen: Sie beantworten fachliche Fragen, begleiten Übungen für die Berufspraxis, unterstützen die Vorbereitung auf Prüfungen, kümmern sich um den Ausgleich sprachlicher Defizite, fördern die soziale Kompetenz und Lernmotivation und stärken das Vertrauensverhältnis zwischen Auszubildendem und Ausbildenden.

SES-Ausbildungsbegleiter sind ehrenamtlich tätig. Eine VerA-Begleitung ist für den/die Auszubildende/-n und den Ausbildungsbetrieb kostenlos. Sie läuft zunächst über maximal 12 Monate, kann aber bis zum Abschluss der Lehre verlängert werden.

Der SES hat mit den Kammern ein Netz von mittlerweile 1.160 geschulten Senior-Expertinnen und -Experten aufgebaut und nimmt Anfragen nach Aus-

bildungsbegleitern von Auszubildenden selbst, den Beratern bei den Kammern, den Ausbildungsbetrieben und den Berufsschulen entgegen. Die Expertinnen und Experten werden auf ihre Aufgabe vorbereitet und bringen das Fachwissen aus Industrie, Handwerk und vielen technischen, kaufmännischen und sozialen Berufen mit. Die Zahl der Anfragen steigt stetig an; derzeit sind gibt es 1.500 Anfragen nach Begleitungen, und es werden 900 aktive Begleitungen von Senior-Expertinnen und -Experten durchgeführt.

C5 Strukturen verändern – Übergänge im System neu verankern: Initiativen in den Bundesländern

Wenn Übergangsschwierigkeiten kein vorübergehendes Problem sind und die Übergangsgestaltung sich nicht nur auf sogenannte „Benachteiligte“ ausrichtet, sondern zur ganz normalen Herausforderung für die (Berufs-)Bildungspolitik wird, dann sind vor dem Hintergrund der regionalen Ausrichtung insbesondere die Bundesländer aufgefordert, hierauf strukturpolitisch zu reagieren. Hierzu gibt es in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von Initiativen zum Aufbau eines konsistenten Übergangssystems.

Eine sehr umfassende Variante ist die Verschränkung von Schulreform und Reform der beruflichen Bildung, die die Regelung von Übergängen in Berufsausbildung einschließt. Der Übergangsbereich ist hier integraler Bestandteil eines neuen Gesamtsystems. Damit gibt es einen verbindlichen Auftrag an die Institutionen, verbunden mit einer Ausbildungsgarantie oder einer verbindlichen Ausbildungszusage für die Jugendlichen, alle Schulabgänger und Schulabgängerinnen in eine duale Berufsausbildung, eine außerbetriebliche oder eine schulische Berufsausbildung – die in jedem Fall betriebsnah sein soll – zu führen. Besonders weit vorangeschritten ist hier das „Übergangssystem Schule – Beruf“ in Hamburg.³²⁴

323 <http://www.ses-bonn.de>.

324 „Maßnahmen zur Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg“. Drucksache 19/8472 vom 18.1.2011; Sturm, Hartmut u. a. (Hrsg.): Übergangssystem Schule – Beruf in Hamburg. Hamburg 2011.

Ansätze, die auf Veränderungen des bestehenden „Übergangssystems“ zielen, sind im Kontext strukturpolitischer Modelle zur Sicherung von Fachkräftebedarf zu finden, die durch die jeweiligen Bedingungen der Bundesländer geprägt sind. Dabei kann es um den Aufbau eines Gesamtsystems des Übergangs Schule – Studium – Beruf gehen, die Herstellung von Ausbildungsreife unmittelbar nach der Schule, systematische Beratung und Empfehlung, Bereitstellung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen an allen Lernorten oder um die Vermeidung und den Abbau von Doppelstrukturen. In diesem Modell findet sich eine „verbindliche Ausbildungsperspektive“. Aufbauend auf den unter **Kapitel C1** genannten Zielen der Bertelsmann-Initiative ist hier insbesondere das Land Nordrhein-Westfalen weit vorangeschritten.³²⁵

Bei anderen Aktivitäten kann es auch um die Implementierung eines transparenten Übergangsfeldes gehen, das kohärent ist und sich ebenso an individuellem wie gesellschaftlichem Bedarf orientiert. Dabei werden die Elemente Berufs- und Studienorientierung, Berufswegebegleitung, Herstellung von Ausbildungsreife mit Anschluss an abschlussorientierte Berufsausbildung und Hinführung Jugendlicher ohne Ausbildungsplatz in duale oder schulische Ausbildung oder Ausbildung bei Bildungsträgern in Kooperation mit Betrieben miteinander verbunden. Als Beispiel sei hier der Berliner Masterplan Qualifizierung genannt.³²⁶ Während in dem einen Fall also etwas Neues geschaffen werden soll, werden in anderen Fällen vorhandene Elemente verbunden und in einen kohärenten Zusammenhang gestellt.

Weitere Modelle konzentrieren sich auf die Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit³²⁷, die Entwicklung eines Gesamtkonzepts auch zur Professionalisierung von Berufsorientierung³²⁸ oder auf die Zusammenführung eines Gesamtkonzepts Berufsorientierung mit einem Konzept Übergang Schule – Beruf³²⁹.

C6 Fazit

Gerade die zuletzt dargestellten Beispiele aus den Bundesländern zeigen, dass im Bereich des Übergangs Schule – Ausbildung vieles bewegt und auf den Weg gebracht wurde. Die zu Anfang dieses Kapitels dargestellten Diskussionen und Maßnahmen der letzten Jahre und auch die zurzeit laufenden Forschungs- und Programmaktivitäten, die oben beispielhaft an den Initiativen des BIBB verdeutlicht wurden, belegen diese These nachdrücklich.

4 Punkte sind besonders hervorzuheben:

- Es hat eine **zeitliche Ausdehnung** stattgefunden. Der ursprüngliche Übergangsbereich im engeren Sinne (Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die vor der Einmündung in eine duale Ausbildung stehen) wird durch den Ausbau von Berufsorientierungsmaßnahmen zu einem Übergangsbereich im weiteren Sinne ab Ende Klasse 7 mit dem Beginn der Potenzialanalyse. Durch einen Ausbau der Berufsorientierung kann einerseits dem drohenden Fachkräftemangel entgegengewirkt werden, andererseits können Matchingprobleme an der unmittelbaren Schnittstelle Schule – Beruf beseitigt werden. In welchem Maße beide Effekte tatsächlich auftreten, muss in einer umfassenden Evaluation ermittelt werden.
- Zahlreiche Initiativen der Bundesländer verdeutlichen, dass man sich auf Landesebene um den Aufbau eines **konsistenten Übergangssystems** bemüht. Die Ansätze sind sehr vielversprechend und gehen weitgehend von einem

325 MAIS-II A 2: „Umsetzungspapier für das Spitzengespräch Ausbildungskonsens am 18.11.2011“; s. auch: Schleimer, Ingrid, MAIS: „Berufsbildung und Umbau des Übergangssystems von der Schule in den Beruf zur Sicherung des Fachkräftebedarfs – neue Ansätze in Nordrhein-Westfalen. Vortrag vom 24.5.2011 in Mainz. www.iwkoeln.de/_storage/asset/64197/storage/master/file/369834/download/47.pdf.

326 Vgl. Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Berlin: Berliner Masterplan Qualifizierung. Ganzheitlich – Nachhaltig – Miteinander. Berlin, März 2011. http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-arbeit/besch-impulse/lernen/berliner_masterplan_qualifizierung.pdf?start&ts=1302685974&file=berliner_masterplan_qualifizierung.pdf.

327 Vgl. <http://www.olov-hessen.de/>.

328 Vgl. http://www.iris-ev.de/frame_projekt.html.

329 Vgl. Bremer Vereinbarungen für Fachkräftesicherung 2011–2013. [http://www.arbeit.bremen.de/sixcms/media.php/13/Deckblatt%20BV%20\(end\)_mit_BV_Logos_u%20_Anhang.pdf](http://www.arbeit.bremen.de/sixcms/media.php/13/Deckblatt%20BV%20(end)_mit_BV_Logos_u%20_Anhang.pdf).

Übergangsbereich im weiteren Sinne aus.

- Bei der **Gestaltung des Übergangs** muss weiterhin besonderes Augenmerk auf die **regionale Verankerung** und die **Betriebsnähe** gelegt werden. Zudem darf die **Professionalisierung des Bildungspersonals** in diesen Bereichen nicht aus den Augen verloren werden,
- Mit der **integrierten Ausbildungsberichterstattung** steht erstmals ein Instrument zur Verfügung, das für die **Anfängerzahlen im Übergangssektor** verlässliche Zahlen liefert. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Anfängerzahlen sind stark rückläufig.

In diesem Kapitel wurde jedoch noch einen Schritt weitergegangen und eine Prognose für die Zukunft skizziert: Im Übergangsbereich im engeren Sinne werden fast ausschließlich Jugendliche und junge Erwachsene ausgebildet, die über keine Hochschulzugangsberechtigung verfügen (**vgl. Kapitel C2**). Da die Zahl der nicht studienberechtigten Schulabgänger/-innen und -absolventen/-absolventinnen bereits seit Mitte des letzten Jahrzehnts abnimmt und sich diese Entwicklung bis zum Ende der 2010er-Jahre fortsetzen wird (**vgl. Kapitel C3**), ist für die kommenden Jahre mit weiterhin sinkenden Anfängerzahlen in diesem Bildungssektor zu rechnen. Die seit 2005 vorliegenden Ist-Zahlen stützen diese Annahme. Allerdings ist der Anfängerbestand im Übergangsbereich nicht allein von der Zahl nicht studienberechtigter Schulabgänger/-innen und -absolventen/-absolventinnen abhängig. Vielmehr spielt auch die Entwicklung des vollqualifizierenden Berufsausbildungsangebots eine wesentliche Rolle (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010, S. 176; Euler 2010, S. 21; Pfeiffer/Kaiser 2009, S. 35 f.; Ulrich 2008, S. 4 ff.): Bleibt dieses Angebot deutlich hinter der Nachfrage der Jugendlichen zurück, werden erfolglose Nachfrager/-innen selbst bei ausreichender „Ausbildungsreife“ in den Übergangsbereich abgedrängt (Ulrich 2011; Münk 2010; Beicht 2009).

Darüber hinaus werden 2 weitere Faktoren dafür sorgen, dass der Übergangsbereich im engeren Sinne nicht verschwinden wird. Zum einen werden auch in den nächsten Jahren sicher nicht alle Schülerinnen und Schüler, die eine duale Ausbil-

dung anstreben, die notwendige Ausbildungsreife mitbringen. Zum anderen haben Bildungsanbieter im Übergangsbereich ein breites Angebotspektrum entwickelt, das auch weiterhin bildungspolitischen und individuellen Interessen an ergänzenden und weiterführenden Bildungsgängen entgegenkommt.

(Michael Heister, Angelika Puhmann, Christoph Acker, Ursula Bylinski, Regina Dionisius, Katrin Gut-schow, Katharina Kanschat, Carolin Kunert, Nicole Lissek, Tobias Maier, Jens Peschner, Friedel Schier, Joachim Gerd Ulrich, Gisela Westhoff)